DER PARITÄTISCHE BREMEN

02 | 2012

Elternvereine fordern finanzielle Gleichstellung

Perspektiven in Broschüre dargestellt

Etwa 125 Elternvereine bieten in Bremen rund 2400 Kita-Plätze an. Sie sind neben Kita Bremen und der evangelischen Kirche Bremens drittgrößter Anbieter von Kinderbetreuung. Um die finanzielle Gleichstellung müssen die Gruppen allerdings weiter kämpfen. Zwar hat Bremische Bürgerschaft beschlossen, die Elternvereine künftig besser zu fördern, bislang ist die Erhöhung der Zuwendung allerdings nur gering ausgefallen. „Dabei könnte Bremen ohne die Elternvereine den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz gar nicht erfüllen“, so Herbert Förster, Fachberater für Kindertageseinrichtungen der Elternvereine.

Jugendpolitiker informierten sich über die Arbeit von Elternvereinen (v.l.: Gabriela Piontkowski (CDU), Dr. Stephan Schlenker (Grüne), Herbert Förster (Beratungsstelle für Kindertageseinrichtungen der Elternvereine), Sandra Ahrens (CDU), Elke Johannes (Leiterin Kindergruppe Krümel), Dr. Johanna Köster-Lange (Vorstand Kindergruppe Krümel), Ruken Aytas (SPD)

Um die Bedeutung und die besondere Situation der Elternvereine darzustellen, hat der PARITÄTISCHE eine Broschüre herausgegeben und sie Bremischen Jugendpolitikern vorgestellt. In „Elterninitiativen und Elternvereine als kleine Träger von Kindertageseinrichtungen Bedeutung – Zukunftsperspektiven – Notwendigkeiten“ beschreibt der PARITÄTISCHE die besonderen Vorzüge der Initiativen. „Elternvereine fördern in besonderem Maße bürgerschaftliches Engagement“, so Herbert Förster. „Das bedeutet nicht nur Kochen, Putzen oder Elterndienste und Vorstandsarbeit, sondern auch Beteiligung an pädagogischer Arbeit.“ Elternvereine stehen in engem Austausch mit den Eltern und können sehr flexibel auf Bedarfe reagieren.

„Da in Elternvereinen die Vorstände häufig wechseln, benötigen sie mehr Hilfe bei Leitungs- und Verwaltungsaufgaben“, so Herbert Förster. Ebenso notwendig ist eine höhere Förderung für Fachpersonal, damit alle Gruppen mit pädagogisch qualifizierten Zweitkräften ausgestattet werden können. Ein angepasstes Qualitätsmanagement für Elternvereine ist unerlässlich.

Wie eine Finanzierung besser sein kann, zeigt das Beispiel aus Hamburg. Danach zahlt Hamburg die gleichen Zuwendungen an alle Träger, kleine Vereine erhalten noch einen zusätzlichen Zuschuss für ihre im Vergleich höheren Aufwendungen bei der Leitungsarbeit und bei den Mieten.

Im PARITÄTISCHEN Bremen sind 43 Elternvereine mit 116 Gruppen Mitglied. Sie bieten ca. 1600 Plätze für Kinder zwischen 0 und 10 Jahren an. Bundesweit gibt es unter dem Dach des PARITÄTISCHEN mehr als 4300 Kindertageseinrichtungen. 27 Prozent dieser Einrichtungen sind Elternvereine.

Nicht auf Kosten Hilfebedürftiger sparen!

Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege legt Positionspapier zur Schuldenbremse vor

Die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Bremen e.V. (LAG FW) hat angesichts des verschärften Konsolidierungsdrucks im Land Bremen gefordert, der bremischen Sozialpolitik größeren Stellenwert einzuräumen. „Die Schuldenbremse darf nicht dazu führen, dringend benötigte Maßnahmen und Dienstleistungen der Freien Wohlfahrtspflege in ihrer Qualität oder gar in ihrem Bestand zu gefährden“, erklärte Dr. Arnold Knigge, Vorstandssprecher der LAG FW.

Schon jetzt könnten verschiedene Einrichtungen wie etwa die Dienstleistungszentren oder die Kurzzeitpflege nur mit erheblichen Anstrengungen, die bis zur Belastungsgrenze der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehen, aufrecht erhalten werden. Der als Fol-

ge der Schuldenbremse weiter zunehmende Konsolidierungsdruck lasse befürchten, dass man einzelne Angebote nur mit erheblichen Qualitätseinbußen oder überhaupt nicht mehr betreiben könne. „Diese Konsequenz lehnen die Wohlfahrtsverbände und Freien Träger im Bundesland Bremen entschieden ab. Viele Menschen sind in unseren beiden Städten auf soziale Leistungen und Hilfen angewiesen. Sie dürfen nicht die Leidtragenden der Schuldenbremse sein“, so Knigge.

In ihrem soeben vorgelegten Positionspapier mit dem Titel „Den sozialen Zusammenhalt in Bremen und Bremerhaven sichern“ weist die LAG FW darauf hin, dass die Arbeit ihrer Mitgliedsverbände bereits seit mehr als zwei Jahrzehnten durch die Konsolidierung der bremischen Haushalte erheblich belastet wird. So wurden die Entgelte für soziale Dienstleistungen seit 1992 unter Berücksichtigung der Inflationsrate rechnerisch um über 20 Prozent abgesenkt.

Vor diesem Hintergrund fordert die LAG FW Senat und Bürgerschaft dazu auf, die erforderlichen Sparanstrengungen sozial verträglich umzusetzen und die Sozialpolitik als zentralen Schwerpunkt einzustufen. Analog des im Koalitionsvertrag bereits aufgenommenen Themas „Ausbau der Kindertagesbetreuung“ gelte es, weitere sozialpolitische Aufgaben wie etwa die Kinder- und Jugendförderung und die Versorgung älterer und hilfebedürftiger Menschen in den Blickpunkt zu rücken und frei von absehbaren Risiken auszufinanzieren.

Unerlässlich sei es aus Sicht der LAG FW auch, die Finanzierung einzelner sozialer Dienstleistungen zu ändern und das Zuwendungsrecht zu reformieren. Um die Schuldenbremse sozial verträglich zu gestalten, sind nach Auffassung der LAG FW Maßnahmen zur Steuergerechtigkeit und auch Steuererhöhungen unverzichtbar.

Leben mit einem behinderten Kind – Besonderes Glück?

Diskussion und Lesung im Martinsclub

Judith Hennemann (li) las mit Anika Ruß aus ihrem Buch „Besonderes Glück?“
Foto: Kerstin Rolfes

Bedarf es eines Fragezeichens, wenn man „Glück“ mit „Leben mit einem behinderten Kind“ verbindet? Und warum kann das Leben mit einem Familienmitglied, das eine Behinderung hat, nicht einfach normal sein?

Etwa zwanzig interessierte Zuhörer waren am 25. Januar 2012 der Einladung des Martinsclubs gefolgt, um diese Fragen zu diskutieren. Zum Auftakt las Judith Hennemann im Dialog mit Anika Ruß Auszüge aus ihrem Buch „Besonderes Glück?“ und bot damit einen Einblick in die Gefühle von betroffenen Eltern. Die Freude über die Geburt weicht schnell einer bangen Ahnung, wenn die Hebamme oder Ärzte sich plötzlich anders verhalten als erwartet. Viele Eltern sind mit der Diagnose vollkommen überfordert und glauben, sie könnten diese neue Aufgabe nicht bewältigen. „Auch wenn es schwer fällt: Paare sollten sich schon während der Schwangerschaft mit der Möglichkeit einer Behinderung des Kindes auseinandersetzen und offen über Ängste und Erwartungen sprechen. Sobald man Ängste in Worte fasst, sind sie schon nicht mehr so groß“ rät Judith Hennemann, selbst Mutter einer behinderten Tochter.

Ob das Leben mit Behinderung leichter oder schwerer wird, hängt auch immer vom jeweiligen Umfeld ab. Im Martinsclub kamen daher weitere Akteure zu Wort, für die diese Fragen zum Alltag gehören. Ein wichtiger Aspekt ist dabei die schulische Bildung. „Wir haben in Bremen nicht eine einzige wirklich inklusive Schule, die alle Kinder eines Stadtteils besuchen können“ kritisiert Petra Kettler, Mitarbeiterin des Martinsclubs. Bremen hat hier in den letzten Jahren zwar große Fortschritte gemacht, Schulen mit einem inklusiven Konzept sind aber nach wie vor Einzelfälle und nicht die Regel.

Von ihren eigenen Erfahrungen mit gesellschaftlichen Barrieren berichteten auch die „Durchblicker“. So nennen sich die Redakteure der Zeitung „m?c Durchblick“, ein Magazin des Martinsclubs für Menschen mit Behinderungen. „Ich fühle mich immer behindert, wenn ich zu einer Behörde gehe oder Verträge ausfüllen muss“, berichtete einer der Redakteure. Einer hat beispielsweise einen Vertrag mit einer Partnervermittlung abgeschlossen ohne dass er auf die verbundenen Kosten hingewiesen wurde. Als er den Vertrag wieder kündigen wollte, musste er dafür teuer bezahlen und „sie haben mir nicht eine einzige mögliche Partnerin vorgestellt“. Einsamkeit ist generell ein großes Thema. „Aber wenn ich mich einsam fühle, gehe ich einfach in die Disco des Martinsclubs oder zum Redaktionstreffen“ erzählt eine „Durchblickerin“.

Leben mit Behinderung – Besonderes Glück? Nach Meinung der Durchblicker gehört an das Satzende ein Ausrufezeichen. Und dass es die Aufgabe der gesamten Gesellschaft ist, dass ein Leben mit einer Behinderung einfach normal sein kann.

Open Döör

Zivilcourage-Projekt des Kinderschutzbundes Bremen und der Bremer Kinderzeitung

Open Döör“ ist das neue Zivilcourage-Projekt des Kinderschutzbundes Bremen und der der Bremer Kinderzeitung. „Mit dem Projekt wollen wir Kindern, die sich in einer Situation befinden, in der sie Hilfe benötigen, durch ein auffallendes Logo signalisieren: Komm rein – wir helfen dir weiter!“, sagt Andreas Bröcher vom Kinderschutzbund Bremen. In den ersten Geschäften im Bremer Steintorviertel sind jetzt Open Döör Logos zu sehen. Die Voraussetzung, um sich am Projekt zu beteiligen, ist ein offener Verkaufsraum. Auch nur dort sollen sich die Kinder aufhalten.

Bürgermeister Böhrnsen (li.), Andreas Bröcher vom Deutschen Kinderschutzbund (Mitte) und Christian Humm, Kinderzeitung (re.) im Gespräch mit den Kindern der 2a der Schule an der Smidtstraße.

Oft sind es keine dramatischen Bedrohungen, die ein Kind verunsichern, wenn es ohne Aufsichtsperson unterwegs ist. Das kann ein großer Hund sein, der scheinbar bedrohlich mitten auf dem Fußweg sitzt oder ein vergessener Haustürschlüssel oder ein plötzlicher Wolkenbruch. Genau dann ist es sehr hilfreich, wenn man auf die Unterstützung durch Erwachsene zählen kann. Manchmal reicht es schon, zu warten bis der Regen aufgehört hat oder die Eltern anzurufen. In schlimmeren Fällen kann auch die Polizei angerufen werden.

Die Initiatoren wollen in nächster Zeit weitere Geschäftsleute, Eltern und Schulen ansprechen, damit sie am Projekt teilnehmen und Kinder auf die neuen zeichen aufmerksam machen.

Neben den Geschäften unterstützen Studierende der Hochschule für Künste das Projekt. Sie haben das Logo und einen Flyer entworfen. Die Sparkasse Bremen hat das Projekt finanzielle gefördert.

Sehnsucht nach Veränderung

Vom Suchen und Finden von Ideen für inklusives Leben

Wie schafft man Visionen für ein gemeinschaftliches Leben, das niemanden ausgrenzt, das Freizeit und Kultur aber auch gemeinsames Wohnen und Arbeiten umfasst? Dieser Frage gehen schon seit vielen Jahren die Aktiven des Vereins Blaue Karawane nach. Mit ihren kulturellen Projekten schaffen sie Orte, an denen sich Menschen begegnen. Mit fantasievollen Aktionen wenden sie sich gegen die Ausgrenzung von behinderten, arbeitslosen oder straffällig gewordenen Menschen. Finanziert werden die öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen aktuell mit Hilfe der Aktion Mensch.

Um Menschen anzusprechen und zu begeistern, wurde zunächst ein Theaterstück mit viel Musik entwickelt. “Menschen mit unterschiedlichen Lebensgeschichten ziehen zusammen in ein ´ehrenwertes Haus`, haben Probleme, Ärger aber auch unglaublich viel Spaß miteinander“, beschreibt Fitz Dennig von der Blauen Karawane das Stück. Getreu dem Motto ´Jeder wird gebraucht` engagieren sich sowohl Menschen mit als auch ohne Behinderungen und psychische Erkrankungen. Sie sind Schauspieler, Musiker, Bühnenarbeiter, sie schreiben über die Veranstaltung oder entwerfen Flyer und Plakate. Aufgeführt wird das Stück in einem Bambuszelt, und zwar nicht nur in Bremen, sondern auch in Berlin, Wolfsburg und Rostock. „Dieses Zelt symbolisiert Karawanserei, einen Ort auf einer Reise“, so Dennig.

Neben den Auftritten sollen öffentliche Diskussionsveranstaltungen ´Sehnsucht nach Veränderung` wecken. Und mit einem Blauen Haus wollen die Menschen von der Blauen Karawane in Bremens neuer Überseestadt Wohnraum schaffen für Menschen, die sonst am Rand der Gesellschaft stehen.

Das Theaterstück „Ein ehrenwertes Haus“ wirbt für inklusives Wohnen.

Bremer Stadtplan für Senioren

Stadtteil Gröpelingen ist Vorreiter

Der Stadtplan bietet viele Adressen und Tipps für Senioren.

Erstmalig gibt es in Bremen einen Stadtplan für Senioren. Er umfasst die Stadtteile Gröpelingen und Oslebshausen und verzeichnet neben sozialen Einrichtungen auch beliebte Treffpunkte oder seniorengerechte Einkaufsmöglichkeiten. Herausgegeben wurde der Stadtplan vom Verein Ambulante Versorgungslücken, der Edition Axent, dem Gesundheitstreffpunkt West und der Fachstelle Alter der Bremischen Evangelischen Kirche

Viele Menschen wollen auch im Alter ihr Leben selbstbestimmt führen, auch wenn sie Hilfe und Unterstützung brauchen. Da ist es gut, wenn man weiß, welche Möglichkeiten das eigene Wohnumfeld bietet, wo es Apotheken und Pflegeheime aber auch, wo es gemütliche Cafés, Bänke zum Ausruhen oder Supermärkte mit Lieferservice gibt. Die Besonderheit des Plans, der ihn für Nutzerinnen und Nutzer besonders interessant macht: Seniorinnen und Senioren aus den Stadtteilen haben Tipps und Adressen zur Alltags- und Freizeitgestaltung beigesteuert und den Stadtplan auf Lesbarkeit und Benutzerfreundlichkeit überprüft. „Ein Stadtteilführer lebt davon, dass er viele Mitmacher hat“, so Initiatorin Elsbeth Rütten vom Verein Ambulante Versorgungslücken.

Finanziert wurde der Stadtplan, der in vielen Einrichtungen in Gröpelingen und Oslebshausen erhältlich ist, unter anderem durch die Wilhelm Kaisen Bürgerhilfe und die Stiftung Dr. Heines.

Kostenlose Schudnerberatung

Neue Regelung für Menschen mit geringem Einkommen

Erwerbstätige Bremerinnen und Bremer mit geringem Einkommen oder Menschen im Arbeitslosengeld I Bezug sollen künftig wieder kostenlos eine Schuldnerberatung in Anspruch nehmen können. Das hat die städtische Deputation für Soziales im Januar 2012 beschlossen. Sehr einmütig wurde diese Entscheidung von allen Fraktionen getroffen. Für die Schuldnerberatung sollen pro Jahr 300.000 Euro zur Verfügung stehen.
Eine kostenlose Schuldnerberatung für diesen Personenkreis hatte es in Bremen bis zum Oktober 2010 bereits gegeben. Sie musste aber eingestellt werden, da das Bundessozialgericht im Juli 2010 entschieden hatte, dass dies nicht zulässig sei. Die Stadtgemeinde Bremen will die Kosten nun als freiwillige kommunale Leistung tragen, um „präventiv“ Arbeitslosigkeit zu vermeiden oder zu überwinden. Die neue Regelung soll so schnell wie möglich umgesetzt werden. Die Stadt will die Leistung zunächst unter den möglichen Trägern ausschreiben. Im konkreten Hilfefall soll die Schuldnerberatung prüfen, ob die Hilfesuchenden bestimmte Einkommensgrenzen überschreiten. Wie hoch die Einkommensgrenze liegt, ist noch offen. Möglich ist eine Anlehnung an die Pfändungsfreigrenze von derzeit 1029 Euro für eine allein lebende Person. Wer darüber liegt soll einen Eigenanteil zahlen.

Bewegungsschule Impuls gründet Förderkreis

Anette Kölling und Inge Deppert vom Verein Impuls suchen Bewegungsförderer.

Bildung und Kreativität brauchen viele Förderer, die sich mit ihren Ideen, ihrem Engagement aber auch mit finanzieller Unterstützung einbringen. Deshalb hat die Bewegungsschule Impuls jetzt einen Förderkreis gegründet. Spenden sollen eingeworben werden, damit Kinder aus einkommensschwachen Familien kostenlos an den Bewegungsangeboten teilnehmen können, um für Schüler der Fachschule die Ausbildung zu finanzieren oder um Bewegungsprojekte zu finanzieren

Geplant ist, ehemalige Schüler und Eltern aber auch Firmen und Stiftungen anzusprechen. „Unseren Unterstützern bieten wir natürlich regelmäßige Informationen sowie die Teilnahme an Aufführungen und Veranstaltungen an“, sagt Geschäftsführerin Inge Deppert.

Seit mehr als 25 Jahren bietet Impuls Tanz- und Bewegungskurse für jedermann an. Vom Kleinkind bis zum Senior: Für jede Altersgruppe und auch für Menschen mit Beeinträchtigungen gibt es ein Angebot. Oft erarbeiten die verschiedenen Gruppen auch gemeinsame Aufführungen. In der Impuls-Fachschule werden Bewegungstherapeuten und Bewegungspädagogen ausgebildet.

impuls e. V.
Fleetrade 78
28207 Bremen
www.impuls-bremen.de